

Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2009/08009**
Datum: 05.05.2009
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.05.2009	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu
Steuerausfällen infolge der Wirtschaftskrise**

Wie hoch schätzt die Verwaltung die Steuer ausfälle infolge der Wirtschaftskrise und der Steuersenkungen im Rahmen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung in Halle (Saale) für die Jahre 2009 und 2010 ein?

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Steuerausfällen infolge der Wirtschaftskrise (Vorlagen-Nr. IV/2009/08009)

Antwort der Verwaltung:

Gewerbesteuer

Ausgehend von der aktuellen Entwicklung bei der Gewerbesteuer, sind nennenswerte Steuerausfälle für das Jahr 2009 derzeit noch nicht erkennbar. Die Veranlagungen aus den Jahren 2006 und 2007 sowie zum Teil aus den Jahren davor wirken nachhaltig positiv auf das Aufkommen. Allerdings sind in vereinzelt Fällen bereits Anpassungen in Form einer Herabsetzung der Vorauszahlungen erfolgt. Dies wurde aber durch positive Entwicklungen in anderen Fällen kompensiert.

Die Steuererklärungen für das Jahr 2008 sind ein wichtiges Indiz dafür, inwieweit die Stadt Halle hinsichtlich der Gewerbesteuer tatsächlich von der Wirtschaftskrise betroffen ist. Es ist davon auszugehen, dass im zweiten Halbjahr 2009, wenn das Finanzamt mit der intensiven Bearbeitung der Steuererklärungen 2008 begonnen hat, weitere Anhaltspunkte vorliegen.

Die Jahre 2010 und 2011 werden die vollen Auswirkungen der Wirtschaftskrise dann entsprechend aufzeigen. Hier werden die Veranlagungen für die Jahre 2008 und 2009 das Aufkommen maßgeblich beeinflussen.

Die zusätzlichen Investitionen aus dem Konjunkturpaket II wirken eher stabilisierend auf das Gewerbesteueraufkommen der kommenden Jahre. Entscheidend ist hier auch der Zeitpunkt der Umsetzung der Maßnahmen.

Gemeindeanteile an Steuern

Aufgrund der Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise wurde am 14.01.2009 durch die Bundesregierung das Maßnahmenpaket „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ beschlossen.

Der Pakt enthält eine Reihe verschiedener Maßnahmen, die das Ziel haben, bereits im wirtschaftlichen Abschwung die Grundlagen für neue Arbeitsplätze, Innovationen und für eine bessere soziale Infrastruktur zu legen.

Bestandteil der angesprochenen Maßnahmen ist die Änderung des **Einkommenssteuergesetzes**.

Im Rahmen dieser Änderung ist eine Anhebung des Grundfreibetrages in 2 Stufen zur Entlastung unterer Einkommen vorgesehen. Auch die übrigen Tarifeckwerte werden in 2 Stufen angehoben. Eine weitere steuerliche Entlastung soll durch die Absenkung des Einkangssteuersatzes von 15% auf 14% erreicht werden.

Die Mindereinnahmen aus dieser Maßnahme für die Kommunen stellen sich wie folgt dar:

Angaben in Mio. EUR	2009	2010	2011	2012	2013
Einkommensteuer	-80	-171	-146	-150	-179
Lohnsteuer	-362	-651	-729	-731	-719
Summe	-442	-822	-875	-881	-898

Die o.g. Mindereinnahmen von ca. 442 Mio. EUR im Jahr 2009 entsprechen etwa 1,5% des für 2009 prognostizierten Gemeindeanteils an der Einkommensteuer.

Für die Stadt Halle (Saale) ist somit im Haushaltsjahr 2009 bei einem erwarteten Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 39 Mio. EUR mit einer Mindereinnahme von 585 TEUR zu rechnen.

Für die Folgejahre bedeutet dies eine Mindereinnahme von jeweils ca. 1 Mio. EUR.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die **Umsatzsteuer** sind bisher noch nicht bekannt.

Die aktuellen Zahlen des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ wurden am 14.05.2009 vorgelegt. Eine Ableitung der Auswirkungen für die Stadt Halle (Saale) ist derzeit noch nicht möglich, da die Auswertung des Landes Sachsen-Anhalt noch nicht vorliegt.

Es ist aber davon auszugehen, dass die Gemeindeanteile entsprechend der allgemeinen Schätzung für die Gemeinden (in 2009 Mindereinnahmen von 7,6 Mrd. EUR bei den Gemeinden insgesamt) weiter merklich zurückgehen werden.

Egbert Geier
Beigeordneter